KANTON NIDWALDEN
JUSTIZ- UND SICHERHEITSDIREKTION
Kreuzstrasse 1, 6371 Stans
Telefon 041 618 45 84, www.nw.ch

Auswertung Rückmeldungen der landrätlichen Kommissionen

(Stand: 10. März 2023)

Die getätigten Abklärungen, der Projektstand und die Schlussfolgerung der Arbeitsgruppe und des Regierungsrats wurden zwischen September 2022 und Januar 2023 der landrätlichen Finanz- und Aufsichtskommission, sowie den beiden Fachkommissionen SJS und BUL vorgestellt. Hierbei wurden der Synthesebericht, der Vertiefungsbericht zum Synthesebericht und die Abklärungen zum Thema Gefängnis und VSZ, soweit diese zum damaligen Zeitpunkt vorhanden waren, präsentiert. Die Kommissionen nahmen mittels Konsultativabstimmungen gegenüber der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Stossrichtung Stellung.

Aufsichtskommission (AK)
Die Aufsichtskommission dankt für den Einbezug im Prozess und ist erfreut, dass der ursprüngliche Prozess überarbeitet und mit Szenarien versehen wurde. Die heutigen Darlegungen sind nachvollziehbar. Der Einbezug des Landrates für einen Planungskredit betreffend Gestaltungsplan wird begrüsst.

Die Gefängnisvarianten sind nachvollziehbar, die AK unterstützt die Weiterverfolgung der Variante 4 «Neubau einer mittelgrossen Anstalt auf dem Areal Kreuzstrasse mit Untersuchungshaft, Kurzstrafenvollzug und einem konkordatlichen Spezialangebot für lebensältere und pflegebedürftige Eingewiesene».

Die AK unterstützt weiter den Ansatz, möglichst viel Freifläche als Reservefläche auf dem Areal Kreuzstrasse zu erhalten. Aus diesem Grund unterstützt sie das Szenario 1 (mit Polizei, Rettungsdienst, Stützpunktfeuerwehr, Amt für Justiz, Staatsanwaltschaft, Strasseninspektorat, Gefängnis [Variante 4] ohne Verwaltung).

Der VSZ-Standort «Garnhänki Stansstad» wird von der AK mit der Begründung abgelehnt, dass dieser zu Mehrverkehr führe und der Standort für wirtschaftlich sinnvollere Nutzung verwendet werden soll. Dies wiederum bedeute, dass für VSZ nochmals alternative Standorte geprüft werden sollten. Als Rückfallebene verbleibe immer noch der Standort Kreuzstrasse (mit Verlust der strategischen Freifläche). In diesem Fall wünsche sich die AK eine Optimierung der Flächennutzung im Rahmen des Projektes.

Finanzkommission (Fiko)
Die Finanzkommission favorisiert grossmehrheitlich folgendes Szenario:
- Szenario 2c (mit Polizei, Rettungsdienst, Stützpunktfeuerwehr, Amt für Justiz, Staatsanwaltschaft, Strasseninspektorat, Gefängnis und Verwaltung aber ohne VSZ OW/NW);
- Es soll aber, wenn möglich, noch mehr Verwaltung angesiedelt werden;
- Bei der Gefängnisvariante spricht sich die Fiko für die Variante 4 «Neubau einer mittelgrossen Anstalt auf dem Areal Kreuzstrasse mit Untersuchungshaft, Kurzstrafenvollzug und einem konkordatlichen Spezialangebot für lebensältere und pflegebedürftige Eingewiesene» aus.

Kommission Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL)
Die Kommission Bau, Planung, Landwirtschat und Umwelt führte zu folgenden Fragen eine Konsulativabstimmung durch:
a) Wird die Erstellung eines Gefängnisses im Rahmen des Projekts BARK befürwortet?
   Die Frage wird von der Kommission grossmehrheitlich befürwortet.
b) Welche der vier vorgestellten Gefängnisvarianten wird bevorzugt?
   Die Kommission spricht sich mehrheitlich für die Variante 4 «Neubau einer mittelgrossen Anstalt auf dem Areal Kreuzstrasse mit Untersuchungshaft, Kurzstrafenvollzug und einem konkordatlichen Spezialangebot für lebensältere und pflegebedürftige Eingewiesene» aus.
c) Soll die Nutzung «VSZ OW/NW» aus dem Areal ausgelagert werden?

Die Kommission spricht sich einstimmig für eine Auslagerung aus. Im Rahmen der Diskussion wird der Standort «Garnhänki», Stansstad, bevorzugt.

d) Sollen weitere Verwaltungseinheiten auf dem Areal angesiedelt werden?
Die Kommission spricht sich einstimmig für die Variante «mit zusätzlichen Verwaltungseinheiten» aus.

Kommission Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS)

Die Kommission Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) gibt zusammenfassend folgende Einschätzungen ab:

- Das vorgeschlagene Szenario (mit Polizei, Rettungsdienst, Stützpunktfeuerwehr, Amt für Justiz, Staatsanwaltschaft, Strasseninspektorat, Gefängnis) wird zur Kenntnis genommen. Zur Frage, ob zusätzliche Verwaltungseinheiten auf das Areal Kreuzstrasse überführt werden sollen, äussert sich die SJS nicht explizit;
- Die Kommission spricht sich grossmehrheitlich für die Auslagerung des VSZ aus dem Areals Kreuzstrasse aus. Bezüglich dem Alternativstandort wird keine Präferenz angegeben;
- Bezüglich den diskutierten Gefängnisvarianten ist die Kommission grundsätzlich der Meinung, dass die Variante 4 «Neubau einer mittelgrossen Anstalt auf dem Areal Kreuzstrasse mit Untersuchungshaft, Kurzstrafenvollzug und einem konkordatlichen Spezialangebot für lebensältere und pflegebedürftige Eingewiesene» weiterverfolgt werden soll.